

Danziger Zeitung.



№ 10 068.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagenstraße No. 4 und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 10 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Nov. Die „Nationalzeitung“ ist von kompetenter Seite in die Lage gesetzt, die Mittheilung des Wiener „Freundenblatts“, Fürst Bismarck habe dem Marquis of Salisbury gegenüber kein Fehl daraus gemacht, daß der Gedanke der Besetzung Bulgariens als die einzige wirkungsvolle Garantie sich der Conferenz mit Gewalt aufdrängen werde, als vollständig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen.

Berlin, 28. Novbr. Ob der von Preußen dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf über die Retorsionszölle (siehe Pol. Uebersicht und Δ Berlin) außer auf Eisenwaren auch auf Zucker und Spiritus ausgedehnt werden soll, ist noch unbestimmt.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 27. Novbr. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Ministerkrise werden von gutunterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet, ebenso auch die Version von einem directen Eingreifen der Krone in die Bankverhandlungen. Das österreichische wie das ungarische Ministerium sind entschlossen, die Verhandlungen mit der Nationalbank fortzuführen.

Brüssel, 27. Novbr. Wie das Journal „Le Nord“ erfährt, hätte die Post die neue Verfassung der Wägen bereits mitgetheilt. Dasselbe Organ bemerkt bei Besprechung des Vorschlages, der Türkei für die Ausführung der verheißenen Reformen eine Frist zu gewähren, daß derselbe unbegreiflich sei, da Europa gegenwärtig wisse, was von türkischen Reformen zu erwarten sei.

Washington, 27. Novbr. Präsident Grant hat auf Erlauchen des Gouverneurs von Südcarolina, militärische Verstärkungen dorthin zu senden, gestern dem Kriegsminister den Befehl zugehen lassen, den Gouverneur mit den dort stationirten Streitkräften der Bundesarmee gegen die Versuche, die Ruhe zu stören, zu unterstützen. Der Kriegsminister hat in Folge dessen den Oberbefehlshaber der in Südcarolina stehenden Bundestruppen angewiesen, sich mit dem dortigen Gouverneur bezüglich der zu ergreifenden militärischen Dispositionen in's Einvernehmen zu setzen. — Die Legislatur von Südcarolina wird sich am nächsten Dienstag versammeln.

Reichstag.

18. Sitzung vom 27. November.

Zweite Beratung des Einführungsgesetzes zur Civilproceßordnung. — Die Commission hat folgenden §. 2a eingeschaltet: „Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, für welche nach dem Gegenstande oder der Art des Anspruchs der Rechtsweg zulässig ist, darf aus dem Grunde, weil als Partei der Fiscus, eine Gemeinde oder eine andere öffentliche Corporation betheiligt ist, der Rechtsweg durch die Landesgesetzgebung nicht ausgeschlossen werden.“ — Bundescom. v. Amsberg bittet den Beschluß des Bundesraths entsprechend den Paragraphen zu fassen. — Referent v. der (Widenburg) empfiehlt dagegen die Annahme des Paragraphen, der in seiner gegenwärtigen, von der Commission bereits nach den Wünschen der Regierung, in modificirter Fassung alle Bedenken beseitigt habe. — Das Haus tritt dem Antrage der Commission bei.

Die Abgg. Thilo, v. Schwarze und Gneiss beantragen folgenden neuen §. 12a: „Die Standesherren können in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch diejenigen ihrer gesetzlich anerkannten Beamten vertreten werden, zu deren Geschäftskreis der Gegenstand des Rechtsstreites gehört. Soweit diese Vertretung stattfindet, kommen die Vorschriften der Civilproceßordnung über die gesetzlichen Vertreter nicht prozessfähiger Personen zu entsprechender Anwendung. Parteibeide, welche

eigene Handlungen oder Wahrnehmungen der Standesherren betreffen, sind von diesen selbst zu leisten.“ — Abg. Thilo: Der Antrag wurde in der Commission, nachdem sich der Bundesrath damit einverstanden erklärt hatte, mit einer geringen Majorität abgelehnt. Da unsere Geschäftsordnung nicht gestattet, daß von Seiten des Bundesraths ein Antrag gestellt werde, so habe ich es für einen Akt der Loyalität gehalten, diesen Antrag heute wieder einzubringen, um den verbündeten Regierungen Gelegenheit zu geben, ihre Gründe vor dem Hause zu entwickeln. — Bundescom. v. Amsberg: Der Inhalt des Antrages entspricht denjenigen Bestimmungen, welche im preussischen Rechtsgebiete bestehen und rücksichtlich deren bisher Bedenken praktischer Art sich nicht geltend gemacht haben. — Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: Es ist sehr peinlich für mich, in einer Angelegenheit zu sprechen, in welcher ich nothwendig als pro domo sprechend erscheinen muß, um so mehr, als ich selbst meine Stellung hier in Daulitz nicht als Vertreter der Standesherren aufsehe, sondern als Vertreter des Volkes, der für das Wohl des Volkes zu sorgen hat. Mir scheint dieser Antrag ein äußerstes Minimum derjenigen wohlgegründeten Ansprüche zu gewähren, die sich auf das Recht der geschichtlichen Vergangenheit stützen. Ich behaupte, daß die geschichtlichen, wohlgegründeten Ansprüche der Standesherren weder mit dem Geiste der Reichsverfassung in Widerspruch stehen, noch die verfassungsmäßigen Rechte eines Mitgliedes des Reiches irgendwie gefährden oder beeinträchtigen. Da ich indess aus der Kenntnis der Stimmung des Hauses entnehmen zu müssen glaube, daß der Antrag Aussicht auf Annahme nicht hat, so halte ich es den Interessen der Standesherren würdiger, wenn das Haus sein Votum über den Antrag nicht fällt und ich bitte daher den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen (Beifall). — Abg. Thilo kommt diesem Wunsche nach. — Die übrigen Paragraphen des Einführungsgesetzes werden hierauf ohne Discussion genehmigt.

Zweite Beratung des Entwurfs einer Strafproceßordnung. — Das I. Buch enthält die allgemeinen Bestimmungen. Die Commission hat dem ersten Abschnitt einen neuen vorangeschickt, der in 6 Paragraphen von der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte handelt. Derselbe wird ohne Debatte angenommen.

Abchnitt I. (§§ 1—15) handelt vom Gerichtsstand. § 1 lautet: „Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist. Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so gilt, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redacteurs, Verlegers und Druckers in Frage steht, die Handlung nur an dem Orte als begangen, an welchem die Druckschrift erschienen ist.“ Den zweiten Satz hat die Commission hinzugefügt:

Referent v. Schwarze: Die Commission hat mit dem zweiten Satze keineswegs eine Bestimmung zur Gunsten oder Ungunsten der Presse getroffen, sondern nur eine juristische Frage auf juristische Weise lösen wollen. Wir haben in der letzten Commissionenberatung diesen Satz einstimmig aufrecht erhalten, trotzdem die Bundesregierungen entschieden ihre Zustimmung zu demselben verweigerten. Der Satz enthält durchaus nicht, wie vielfach in den Zeitungen behauptet wurde, eine Bestimmung dahin, als ob der Gerichtsstand des Thatortes unbedingt maßgebend sei für alle Strafverfahren. Es wird eben nur eine Definition des Thatortes gegeben, und es ist nach wie vor zulässig, daß die verantwortlichen Personen sowohl vor dem Gerichte des Wohnortes zur Untersuchung gezogen werden. In dem wir Ihnen diesen zweiten Absatz des § 2 vorschlagen, befinden wir uns in Uebereinstimmung mit der Reichsgesetzgebung selbst (denn genau dieselbe Bestimmung ist im Reichsstrafgesetzbuch enthalten), sowie mit allen anderen Territorialgesetzgebungen. Außerdem befinden wir uns auch in Uebereinstimmung mit der Wissenschaft. So haben als Commentatoren des Strafgesetzes unabhängig von einander und selbstständig die Mitglieder dieses Hauses Marquardsen, Thilo und ich selbst sich dahin ausgesprochen, daß der Thatort bei Pressdelikten derjenige sei, wo das Verbrechen erschienen ist. Endlich aber befinden wir uns auch in Uebereinstimmung mit den Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe Deutsch-

lands, insbesondere des Obergerichtes zu Berlin. Wollte man davon ausgehen, daß überall da, wo ein Verbrechen verbreitet ist, ohne Weiteres auch der Gerichtsstand der begangenen That begründet sei, dann würde z. B. bei der „Kölnischen“, der „Nationalzeitung“ und ähnlichen großen Journalen eine Annahme von Foris in Deutschland begründet sein. Von der Verschiedenheit der proceßualischen Verhandlungen und der materiellen Beurteilung in diesem Falle können Sie sich selbst leicht ein Bild machen. Ein solcher Zustand könnte nimmermehr vertheidigt werden. Es sind uns sodann von Seiten der verbündeten Regierungen solche Fälle entgegengehalten worden, wo z. B. in Berlin jemand ein Verbrechen begeht, dessen Wirksamkeit erst in Frankfurt a. M. eintritt, so zu sagen explosiv sein soll. Hier, sagte man, könne doch der Thatort unmöglich Berlin, sondern müsse Frankfurt sein, der Ort, wo die beabsichtigte Wirkung wirklich ins Leben trat. Auf diesen Einwand kann ich mich einfach auf eine Entscheidung des Obergerichtes berufen. Der betreffende Passus derselben lautet: „Der Gerichtsstand des Redacteurs einer Zeitschrift, wegen einer darin enthaltenen Beleidigung eines an einem anderen Orte wohnhaften öffentlichen Beamten ist, wenn auch die Verbreitung dort stattgefunden, doch nur am Orte der Herausgabe, weil die Strafbarkeit aller Verbrechen nach § 32 des Preßgesetzes in dem Zeitpunkte der Veröffentlichung, mithin auch an dem Orte beginnt, wo die Veröffentlichung stattfand und weil die Verbrechen und Vergehen an anderen Orten, wohin das Verbrechen später gelangt, weder fortgesetzt noch wiederholt werden, sondern nur Wirkungen, welche nicht mehr zum Thatbestand des Vergehens gehören, äußern können.“ Man hat sodann behauptet, die Entscheidung der Commission sei unrichtig, weil sie die Fälle der Verbreitung nicht ins Auge fasse. Die Commission aber hat einstimmig anerkannt, daß die Verbreitung eine ganz selbstständige, mit den hier in Rede stehenden Verbrechen keineswegs zusammenfallende Handlung darstelle, welche proceßualisch und materiell rechtlich als ein völlig selbstständiger Thatbestand zu behandeln und als solcher verfolgt und bestraft werden kann.

Bundescom. Hanauer: Die verbündeten Regierungen müssen entschieden bei der Ansicht verbleiben, daß in diesem Vorschlage der Commission wiederum zu Gunsten der Presse eine Ausnahmebestimmung aufgenommen ist, für welche ein Bedürfnis nicht vorliegt. Es handelt sich hier wesentlich um die Frage, wann ist der Verbrechen als vollendet anzusehen, denn darüber ist kein Zweifel, daß als Thatort des Vergehens derjenige gilt, an welchem der Thatbestand wurde. In den meisten Fällen wird allerdings die Antwort dahin lauten müssen, der Verbrechen ist dann vollendet, wenn das Verbrechen erschienen ist. Es giebt aber eine Menge sehr wichtiger Fälle, in welchen diese Antwort gar nicht paßt. Nehmen wir z. B. an, es handelt sich um den Strafgesetzbuch, der von der Aufreizung verdächtiger Bevölkerungsklassen gegen einander handelt. Diese Aufreizung geschieht in dem Artikel eines Blattes, das an einem auswärtigen Orte erscheint, aber hier in Berlin z. B. von jemandem verbreitet wird. Hier kann man doch unmöglich sagen, der Verbrechen ist vollendet, sobald das Verbrechen erschienen ist und also der Ort dieses Erscheinens der Gerichtsstand für den Thatort. Denn das Verbrechen wird ja eben erst dadurch begangen, daß es zur Kenntniß der betreffenden Bevölkerungsklassen gelangt was allein hier am Orte und durch die Verbreitung geschieht. So lange nur die Verbreitung an anderen Orten erfolgt ist, kann höchstens von einem Versuch dieses Vergehens die Rede sein. Es muß deshalb in diesem Falle den Thatortbestimmung gestattet sein, den Ort der Verbreitung als Gerichtsstand anzunehmen. Ähnlich verhält es sich mit Broschüren und Zeitschriften, die im Auslande, also an Orten erscheinen, wo die Reichsgesetzgebung keine Geltung hat. Die Annahme dieses Absatzes könnte nur dazu führen, daß in Fällen, wo es sich oft um ganz gefährliche Thaten handelt, Straflosigkeit und Nichtverfolgung eintritt. Ich bitte Sie, nicht allein auf den Schutz der Presse, sondern auch auf den Schutz der einzelnen Bürger gegen Angriffe der Presse Bedacht zu nehmen.

Abg. Hänel: Ich kann nur bedauern, daß der Regierungskommissar unsere Zeit so lange in Anspruch genommen hat, da doch fast die einstimmige Meinung

dahin geht, den Commissionsvorschlag anzunehmen. Doch bin ich auch wieder von seinem Vortrage befriedigt, denn die beste Vertheidigung hätte nicht so gut wirken können, wie dieser Angriff. Alle seine Deductionen haben auf mich den Eindruck gemacht, daß dadurch der Begriff des Gerichtsstandes der begangenen That überhaupt vollkommen in's Unklare gestellt worden ist. Mit diesen Deductionen will ich Ihnen eine ganze Reihe von Fällen nennen, wo ich mit sagen muß: ja im Gottes Willen, was meint denn der Gesetzgeber mit dem Gerichtsstande der begangenen That? Nehmen wir folgenden Fall: Hier in Berlin wird in einer öffentlichen Versammlung eine Beleidigung begangen gegen einen Frankfurter Bürger. Nach allen Deductionen des Regierungskommissars würde das forum delicti commissi in Frankfurt sein, weil dort der Beleidigte wohnt; nicht in Berlin, wo die That verübt ist. Das heißt doch den juristischen Begriff, den wir bisher mit den Worten „Gerichtsstand der begangenen That“ verstanden, auflösen. Wenn es nun aber wahr wäre, daß wirklich solche Zweifel entstehen könnten, wie der Regierungskommissar uns vorgeführt hat, dann ist ja gerade die Nothwendigkeit dieser Bestimmung doppelt gegeben. Aus den Deductionen folgt, daß bei Pressdelikten die äußerste Gefahr besteht, eine mißbräuchliche Anwendung des Gerichtsstandes der begangenen That stattfinden zu lassen. Hiergegen wollen wir uns verwahren, und das ist die offene Tendenz des Commissionsvorschlages. (Beifall links.)

Bundescom. Dehlschlager: Die von der Commission vorgeschlagene Bestimmung geht über den beabsichtigten Zweck hinaus. Sie wollen nur ein einheitliches Forum gewinnen, Sie erreichen aber damit zugleich, daß gewisse Handlungen straflos bleiben, besonders solche Delikte, die in der ausländischen Presse verübt sind, aber im Inlande erst ihre Wirkung üben.

Abg. Lafer: Ich bitte Sie den § 1 in der Fassung der Commission anzunehmen, derselbe entspricht nur einem Präjudiz des preussischen Obergerichtes, wird also wohl eine große Gefahr für den Staat nicht herbeiführen. Die von dem Regierungskommissar angeführten Fälle der Straflosigkeit eines Vergehens halte ich nicht für so gefährlich. Der Umstand, daß jenes Vergehen im einzelnen Falle ungeahndet bleibt, garantiert doch keineswegs die Straflosigkeit aller dieser Handlungen, die später etwa mittels dieses Vergehens begangen werden können. Es giebt ein Verbot, Waffen zu verkaufen; wer sie verkauft, ist strafbar; wenn aber ein anderer mit diesen Waffen einen Mord begeht, so kann er sich nicht darauf berufen, daß er nicht mehr strafbar sei, sondern der Verkäufer. Ebenso kann man jemandem ein Verbrechen zuschreiben, um ihn zu beleidigen, — der Eine giebt eben eine Ohrfeige, der Andere übersehnt eine nichtswürdige Zeitung, — glauben Sie denn, daß die straflos geliebene Herstellung des Blattes auch diese Beleidigung so ipso straflos macht? Halten Sie die Frage nicht für eine große politische, weil es sich zufällig um die Presse handelt; es gilt eben nur, eine unnötige juristische Spitzerei zu vermeiden. Referent v. Schwarze: Die Entscheidung des Obergerichtes gilt allerdings nur für Preußen, aber die Motive zu diesem präjudicialen Urtheile sind so gehalten und so durchschlagend, daß auch die Gerichte anderer Staaten sich demselben anschließen müssen.

§ 1 wird nach den Vorschlägen der Commission angenommen; gegen den Zusatz stimmen nur die Conservativen und einzelne Mitglieder der Deutschen Reichspartei.

§ 4: „Der Gerichtsstand ist auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk der Angeklagte zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz hat. Hat der Angeklagte einen Wohnsitz im deutschen Reiche nicht, so wird der Gerichtsstand auch durch den gewöhnlichen Aufenthaltsort und, wenn ein solcher nicht bekannt ist, durch den letzten Wohnsitz bestimmt.“ Abg. Reichensperger (Dnp) beantragt den Absatz 1 zu fassen wie folgt: „Für Schöffengerichtssachen ist der Gerichtsstand auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk der Beschuldigte zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz hat. Für andere Vergehen

* Das Regiebenefiz des Hrn. L. Ellenreich gab dem Publikum gestern wieder Gelegenheit, sich an dem prägnanten Talent der Frau Marie Ellenreich zu erfreuen. Die „Grille“, welche Hr. Birch-Pfeiffer eigens für Friedrike Hofmann geschrieben, hat durch diese Darstellerin eine so bestimmte Gestalt gewonnen, daß sich neue Nuancen der Darstellung kaum werden einbringen lassen. Hr. Ellenreich ist für die Rolle sehr günstig ausgestattet; die Anmuth der Erscheinung und die zierliche Leichtigkeit des Spiels erlauben ihm, in der Darlegung der Verwirrung am Anfange der Partie ganz realistisch zu verfahren, ohne unschön zu werden. Ihr Vortrag ist hübsch nuancirt und von musterhafter Deutlichkeit. Sie gab die Fanchon natürlich, treuherzig, innig und maßigte zugleich die übergroße Sentimentalität, mit welcher die Birch-Pfeiffer Effect zu machen liebt. Besonders hübsch gelang im letzten Act die Scene, in der die Grille endlich auch den Vater Barbaud für sich gewinnt; die leichte Schelmerei, die sie dabei in Anwendung zu bringen hat, war völlig frei von allem Kofletten, der Ausdruck eines kindlich frohen Herzens. Das Publikum nahm die Darstellung sehr warm auf. Die alte Fanchon ist eine der bewährten Rollen der Frau Müller, die ihr auch gestern wieder lebhaften Beifall eintrug. Fr. Seebach gab die alte Barbaud mit der schlichten Herzlichkeit einer Bäuerin. Auch Fräul. Gottschalk wurde als Mabelon ihrer Aufgabe vollkommen gerecht. Die Männerrollen hatten in Hrn. A. Ellenreich (Vater Barbaud), L. Ellenreich (Landry) und Lewinger (Didier) eine Besetzung, die nichts zu wünschen übrig ließ.

Stadt-Theater.

Mozart's Schwanengefang, sein Requiem, kam zur Feier des Todestages durch den von Herrn Jankewitz gebildeten und geleiteten St. Marien-a-capella-Kirchenchor im Stadt-Theater zur Aufführung, unter Mitwirkung einiger Opernkünstler die Solopartien. Wenn das Theater auch nicht der Ort ist, wo der Hörer von einer Seelenmesse eine vollkommene Erbauung empfängt, so kann man das Dargebotene immochin würdigen als wohlgemeinte Absicht, der ersten Stimmung des Tages Rechnung zu tragen. Man hat dann das Werk nicht als Kirchenmusik, sondern als Kunstwerk im Allgemeinen aufzufassen, und warum sollte dieses köstliche Requiem einen solchen Standpunkt nicht auch in einem Raum wahren, der sonst derartige Productionen auszuschließen pflegt? Es ist bekannt, daß Mozart sein Meisterwerk auf kirchlichem Gebiete gleichsam dem Tode abgerungen hat und daß er auf seinem Sterbebette die letzte Hand daran legte. Es wurde deshalb auch die Echtheit einzelner Theile des Requiems in Frage gestellt und von gelehrten Musikern wurde vielfach darüber gestritten, ob der Meister selbst das Ganze vollendet hat oder ob seinem Schüler und Freunde Süßmayer ein größerer oder minderer Antheil daran beizumessen sei. Die Annahme dürfte kaum eine irrige sein, daß Mozart der Original-Schöpfer des vollständigen Werkes ist, daß Süßmayer aber nach den Fingerringen und Anweisungen des körperlich gebrochenen Meisters manche Einzelheiten, vorzugsweise die Instrumentirung betreffend, ausgearbeitet haben mag. Das Requiem trägt so entschieden den Stempel des Mozart'schen Genius an sich, daß auch ein reicher Abganz davon auf einzelne schwächere Momente fällt, und sollte Süßmayer diese wirklich selbstständig erfunden haben, so darf

man behaupten, daß der Schüler seinem Meister Ehre machte. Während der Arbeit an seinem Schwanengefange erhielt Mozart die Ernennung zum Kapellmeister an der Stephens-Kirche in Wien, wodurch seinen betrübenden materiellen Bedrängnissen abgeholfen worden wäre. Er hatte keine andere Antwort darauf, als die demwürdigen Worte: „Eben jetzt soll ich fort, da ich ruhig leben könnte! Jetzt meine Kunst verlassen, da ich, nicht mehr als Slave der Mode, nicht mehr von Speculanten gefesselt, den Regungen meiner Empfindung folgen, frei und unabhängig schreiben würde, was mein Herz mir eingiebt. Ich soll fort von meiner Familie, von meinen armen Kindern, in dem Augenblicke, da ich im Stande wäre, für ihr Wohl besser zu sorgen! Habe ich es nicht vorher gesagt, daß ich dies Requiem für mich schreibe?“ — So ändern sich die Zeiten. Mozart's göttliche Kunst rang um das tägliche Brot, und heute wendet man große Summen auf, um einem Künstler für seine Ziele ein eigenes Theater zu erbauen!

In Ansehung der nur bescheidenen Darstellungs-Mittel, mit einem die Zahl 40 kaum erreichenden Dilettantenchor, war die Aufführung des Requiems eine recht anerkennenswerthe, wenn sie auch durch massenhafte Klangwirkung nicht imponiren konnte. Bei so schwierigen Fugensätzen, wie sie das Werk enthält, geht es ohne manche Unsicherheit in den thematischen Einsätzen und ohne Verstöße gegen eine absolut reine Intonation selten ab, aber solche Schwächen häuften sich doch nicht derartig, daß dadurch die Totalwirkung beeinträchtigt wurde. Die Mitwirkenden waren mit Lust und Liebe bei der Sache und zeigten sich tüchtig vorbereitet. Am ausgiebigsten war das Chormaterial im Sopran und Bass vertreten, während der Alt mehr als wünschenswerth zurücktrat und

auch der Tenor nicht immer eine klare Führung seiner Stimme bemerkbar ließ. Der große Theateraum ist für einen nicht stark besetzten Dilettantenchor, der auch immer an einiger Befangenheit leidet und nicht herzhast genug zugreift, ein difficiles Terrain. Trotz Alledem aber hielt er sich ganz wacker, auch bei den fleißig einstudirten Fugen. Die Solopartien hatten Fräul. Galsy (Sopran), Herr Simon (Tenor), Herr Speith (Bass) und eine Dilettantin (Alt) übernommen. Die der Oper angehörenden Kräfte fangen mit gewohnter Sicherheit, auch die gut wirkende Altstimme war eine tüchtige Weisener zu dem Quartettenssemble. Am meisten im richtigen Geiste wurde das kunstvolle, im Stile strenger Kirchenmusik gearbeitete „Recordare“ vorgelesen, während das liebliche, mehr weltlich gehaltene „Benedictus“ durch ein zu schnell gegriffenes Tempo an Innigkeit des Gefühls einbüßte. In dem „Tuba mirum“ trat der sonore Bass des Herrn Speith sehr vorthelhaft hervor, wie auch Herr Simon in seinem Tenorpart den musikalisch solide gebildeten Sänger befandete. Einige Chöre, z. B. das „quam olim Abraham“ und das dem Benedictus folgende „Danam“ würden durch einen belebteren Pulsschlag an Eindringlichkeit gewonnen haben. Das Drehestert ließ es an Eifer und Aufmerksamkeit nicht fehlen. Das Auditorium, welches im ersten Range und im Parquet bei weitem nicht vollzählig erschienen war, gab nach Beendigung des Werkes dem Dirigenten Herrn Jankewitz und sämtlichen Mitwirkenden seinen Beifall für die im Ganzen gelungene Aufführung zu erkennen. Der St. Marien-Kirchenchor möge in seinen fleißigen Bestrebungen fortfahren. Die Kritik hat von den guten Fortschritten seiner Mitglieder gerne Kunde genommen. M.

und für Verbrechen kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Angeklagten die Untersuchung und Entscheidung an Stelle des Gerichts der begangenen Handlung dem Gerichte des Wohnortes durch das gemeinschaftliche obere Gericht übertragen werden. — Gegen das Amendement erklären sich der Bundes-Commissar Hanauer und Abg. Strömann: Der Gerichtsstand des Wohnortes sei der alleramüßlichste und im Civilprozeß allgemein acceptirt. Nur Opportunitäts-Rücksichten hätten dahin geführt, von dieser allgemeinen Regel abzuweichen, weil a. B. die Beweismittel am Tatorte besser zu beschaffen sind. Es hängt also ganz von der Sachlage ab, ob der Ort der That oder der Wohnort das bessere Forum ist; deshalb sollte hier keine absolute Vorschrift gegeben werden, den Thator als Forum zu begründen, da eine solche Bestimmung häufig zur Verweisung der Angeklagten und der Zeugen führen könnte. — Abg. Reichenperger bittet trotzdem seinen Antrag anzunehmen; denn ohne denselben sei die Möglichkeit einer tendenziösen Wahl nicht zu befürchten. Es liege darin kein Mißtrauen gegen die Integrität der Gerichte, aber es sei doch eine notorische Thatsache, daß die Rechtsausübung einzelner Gerichte über gewisse Vergehen von vornherein bekannt und also das Urtheil derselben in solchen Fragen signalisirt sei. — Referent v. Schwarze weist darauf hin, daß im § 6 ein hinreichendes Correctiv gegen Ausschreitungen in Bezug des vorliegenden Punktes gegeben sei. — Der Antrag Reichenperger wird abgelehnt und § 4 unverändert angenommen; desgleichen ohne Debatte die übrigen Paragraphen des Abschnittes.

Der zweite Abschnitt (§§ 16—26) handelt von der Ausschließung und Ablehnung der Gerichts- personen. § 17 lautet nach den Beschlüssen der Commission in zweiter Lesung: „Ein Richter, welcher bei einer durch ein Rechtsmittel angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei der Entscheidung in höherer Instanz kraft Gesetzes ausgeschlossen. Der Untersuchungsrichter darf in denjenigen Sachen, in welchen er die Voruntersuchung geführt hat, nicht Mitglied des erkennenden Gerichts sein, auch nicht bei einer außerhalb der Hauptverhandlung erfolgten Entscheidung der Strafkammer mitwirken. Ein Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei dem Hauptverfahren vor der Strafkammer, dem Schwurgerichte und dem Reichsgerichte ausgeschlossen.“ Der Bundesrath hat sich für die Streichung des letzten Absatzes erklärt, worauf die Commission folgende Fassung dieses Absatzes vorschlug: „An dem Hauptverfahren vor der Strafkammer dürfen mehr als zwei von denjenigen Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben, und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hat, nicht teilnehmen.“ Abg. Reichenperger beantragt, die von der Commission ursprünglich gefaßte Beschlüsse wieder herzustellen.

Referent v. Schwarze verteidigt die von der Commission zuletzt angenommene Fassung als einen Compromiß zwischen dem ursprünglichen Beschlusse der Commission und der Regierung.

Abg. Reichenperger (Olpe): Es ist doch wohl klar, daß der Richter, welcher die Entscheidung über die Frage der Eröffnung der Hauptverhandlung vorgenommen und sich die Uebersicht des Materials nach einer gewissen Seite hin angeeignet hat, ein Vorurtheil gegen den Beschuldigten hat und als erkennender Richter nicht unbefangener genug aburtheilen kann. Nun wird von Seiten der Regierung geltend gemacht, daß mit der Annahme meines Antrages eine große Vermehrung des Richterpersonals vorgenommen werden müßte. Das befreite ich positiv, und selbst, wenn dies in vereinzelten Fällen nothwendig sein sollte, so würde ich dies Opfer im Interesse der Rechtsprechung gern bringen.

Württemberg. Justizminister v. Wittmann: Das Bedenken, daß ein Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt hat, nicht mit der nöthigen Unbefangenheit in die Hauptverhandlung eintreten werde, ist nicht gerechtfertigt. Der Richter, welcher an dem Verweisungsbeschlusse mitwirkt, weiß ja ganz genau, daß er nur auf Grund eines fragmentarischen Materials sein Urtheil abgibt, welches der nothwendigen Ergänzung und Berichtigung in der Hauptverhandlung bedarf. Die Voruntersuchung ist ein wesentlich präparatorisches Verfahren. Für gefährlicher würde ich es halten, wenn der Vorsitzende des Gerichts an dem Verweisungsbeschlusse Theil genommen hätte und diese Gefahr wird auch durch den Antrag des Abg. Reichenperger nicht beseitigt. Gegen den Antrag sprechen auch organisatorische Bedenken, indem an vielen Gerichten nicht die erforderliche Anzahl von Richtern vorhanden sein wird, um es möglich zu machen, die Mitglieder der Anklagekammer von der Theilnahme an dem Hauptverfahren auszuschließen. Außerdem hat man die Erfahrung gemacht, besonders in Württemberg, daß die Richter mit Vorliebe in einem Fache arbeiten, entweder in Civilsachen oder in Strafsachen. Im Interesse der Sache empfiehlt es sich aber, das Gericht mit solchen Richtern zu besetzen, die sich vorwiegend mit der betreffenden Materie beschäftigen, oder doch jedenfalls mit solchen, die über die Thatsachen der abzuurtheilenden Fälle am besten orientirt sind.

Abg. Hänel: Der Antrag des Abg. Reichenperger scheint mir ein durchaus notwendiges Bindemittel für die Structur des Verfahrens zu sein, zumal die Garantien, welche er verlangt, im innigsten Zusammenhange mit der Frage von der Berufung stehen. Wenn die Voruntersuchungsacten auch ein nur fragmentarisches Material enthalten, so sieht der Richter dasselbe doch nur unter dem Gesichtspunkte der Schuld des Angeklagten an und muß es so ansehen, wenn er das Verweisungsurtheil ausspricht. Die Bedeutung des Verweisungsbeschlusses ist von dem Justizminister v. Wittmann unterschätzt worden. Das Beweismaterial soll ja möglichst vollständig vorbereitet werden, so daß der Verweisungsbeschlusse bereits ein starkes objectives Präjudiz enthält. Wenn der Richter an einem solchen Urtheil mitgewirkt hat, so ist er gewiß bereits zu einem dem Angeklagten ungünstigen Urtheil gelangt und es ist kein Zweifel, daß er von diesem vorgefaßten Urtheil nicht abgehen wird, wenn ihm nicht ein directer Gegenbeweis geführt wird. Mit den verminderten Garantien für den Angeklagten, welche sowohl die Vorlage der verbündeten Regierungen, als die Beschlüsse der Commission enthalten, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Uebrigens haben die Bestimmungen, welche die Commission jetzt vorschlägt, im Königreich Sachsen bereits gegolten; sie bezogen aber so lebhaften Widerspruch, nicht bloß von Seiten der Vertheidiger, sondern auch von Seiten der Staatsanwälte, daß man sie durch ein neues Gesetz wieder beseitigt hat.

Abg. Windthorst (Meyen): Also nur wegen ein paar Kosten will man die Unbefangenheit des Gerichtes trüben lassen; ich würde dies als ein durchaus unglückseliges Vorgehen bezeichnen. Der Abg. Hänel hat ichlagend nachgewiesen, zu welchen schlimmen Consequenzen das führen muß. Der Minister beruft sich dem gegenüber auf die Erfahrung, nun ich habe auch eine lange Erfahrung als Vertheidiger, Staatsanwalt und Richter hinter mir und ich habe gesehen, was für ein übler Zustand es ist, wenn der verweisende Richter nachher zugleich auch erkennender Richter ist. (Beifall.)

Abg. Schmid (Württemberg) bemerkt, daß die Commission vorzugsweise deshalb in zweiter Lesung beschloß habe, die verweisenden Richter von dem Urtheils- spruche auszuschließen, um das anfangs zur Mitwirkung bei demselben in Aussicht genommene Laien-Element

nicht allzu sehr durch die rechtsgelehrten Richter beeinflusst zu lassen. Nachdem durch den Widerspruch der verbündeten Regierungen die Commission genöthigt war, das Laien-Element auszuschließen, stand kein Grund entgegen, daß die Commission den Standpunkt des Antrages Reichenperger verliesse und den Wünschen der Regierungen soweit entgegenkam, wie sie es in ihren Beschlüssen dritter Lesung gethan hat. Soweit dürfte man doch Vertrauen zu den deutschen Richtern haben, daß sie nicht den von ihnen irrtümlich auf die Anklagebank Gebrachten auch beurtheilen würden, weil sie die Erhebung der Anklage gutgeheßen.

Abg. Lasker glaubt, daß dieser Frage eine größere Wichtigkeit beigemessen werde, als ihr ihrer Natur nach gebühre. Entgegen der ersten etwas unklaren Ansicht in der Commission, daß der verweisende Richter immer befangen sei, und welche deshalb die organisatorischen Rücksichten ausschloß, habe später die Ansicht größere Geltung erlangt, daß die Befangenheit des verweisenden Richters nicht pure angenommen werden könne und deshalb habe man die organisatorischen Bedenken mehr berücksichtigt. Redner betont es, daß man dem Zustande kommen dieser großen Gehe durch das Aufnehmen eines früheren individuellen Standpunktes Schwierigkeiten bereite. Trotz aller persönlichen Sympathien für einzelne Amendements werde er nie diese Gehe einer ungewissen Majorität ansetzen, sondern er werde immer den vom ganzen Hause als Grundlage acceptirten Commissionsbeschlüssen bestimmen. Also alle diejenigen, welche nicht durch ihr Gewissen gezwungen würden, dem Antrage Reichenperger zuzustimmen, weil sie den verweisenden Richter für absolut befangen erachten, müßten aus höheren Rücksichten der Commission beitreten.

Nachdem der Referent nochmals für die Commissionsbeschlüsse eingetreten, wird der Antrag Reichenperger in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 115 Stimmen abgelehnt und § 17 unverändert nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Hanzig, 28. November.

Der Reichstag erledigte in seiner vorletzten Sitzung nur das Einführungsgesetz, in der gestrigen Sitzung zunächst das zur Civilprozeßordnung. Darauf konnte man gestern endlich auch mit der zweiten Berathung der Strafprozeßordnung beginnen, welche die ganze Woche in Anspruch nehmen wird. Bei derselben wurde gestern eine längere Discussion zuerst durch den Beschluß der Commission veranlaßt, nach welchem bei Preß- Reaktionen die Handlung, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redacteurs, Verlegers und Druckers in Frage steht, nur an den Orten als begangen gilt, an welchem die Druckschrift erschienen ist. Seitens der Berichterstatters Abg. v. Schwarze und des Abg. Lasker wurde dieser Bestimmung eine rein declaratorische Bedeutung beigelegt, während die Vertreter des Bundesraths Geh. Rath. Hanauer und Dellschlager dieselbe in langen Ausführungen als eine zu Gunsten der Presse beabsichtigte Ausnahmemaßregel darzustellen suchten. Der Commissionsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zum zweiten Mal entbrannte eine lange und lebhaft Debatten bei § 17. Demselben hatte die Commission anfänglich folgenden Zusatz angefügt: „Ein Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei dem Hauptverfahren vor der Strafkammer, dem Schwurgerichte und dem Reichsgerichte ausgeschlossen.“ Später hat die Commission diesen Beschlusse dahin modificirt, daß an dem Hauptverfahren vor der Strafkammer nicht mehr als zwei von den besagten Richtern, und namentlich nicht der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, teilnehmen dürfen. Der Abg. Reichenperger-Olpe beantragt nun, den früheren Commissionsbeschlusse wieder herzustellen. Er und nächst ihm besonders der Abg. Windthorst begründeten diesen Antrag mit der Nothwendigkeit, den Gerichten die volle Unbefangenheit zu wahren. Dagegen wurde von anderer Seite — so von dem Abg. Lasker und dem württembergischen Justizminister v. Wittmann — dargelegt, daß dies durch den jetzigen Commissionsvorschlag zur Genüge geschehe. Außerdem wies man auf die Kosten hin, welche durch die erforderliche Vermehrung des Richterpersonals verursacht werden würden. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Reichenperger mit 154 gegen 115 Stimmen abgelehnt und der Commissionsvorschlag angenommen.

Ueber die weitere Berathung der Strafprozeßordnung sagt die „B. A. C.“: „Trotz der anscheinend noch zahlreichen Differenzpunkte, welche, wenn man die von einzelnen Abgeordneten eingebrachten Abänderungsanträge mitzählt, auf etwa 40 Nummern sich erstrecken, kann man doch mit Sicherheit erwarten, daß die Verhandlungen sich viel früher abwickeln werden, als beim Gerichtsverfassungsgesetz. Sehr wahrscheinlich wird auch für die Strafprozeßordnung, die von der Commission gewonnene Basis festgehalten werden. Die meisten Differenzpunkte sind untergeordneter Natur und selbst die wichtigsten unter ihnen einer weit kürzeren Behandlung fähig, als durchschnittlich die das Gerichtsverfassungsgesetz betreffenden Fragen.“

Ueber den preussischen Antrag, betreffend die sog. Retorsionszölle, welche nunmehr an den Bundesrath gelangt ist, bringt unser Correspondent unten Näheres. Er fordert für die Reichsregierung die Ermächtigung, für diejenigen Artikel bei denen auswärtige Staaten Exportprämien gewähren, während dieselben in Deutschland entweder zollfrei eingehen oder einem geringeren Zoll, als die betreffenden Exportprämien betragen, unterliegen, den Zoll bis auf die Höhe jener Prämien zu steigen. Und zwar soll diese Steigerung generell sein, also sich nicht etwa auf die Einfuhr aus dem die Exportprämie gewährenden Staate (Differentialzoll) beschränken. Diejenigen Eisenwaaren, welche vom 1. Januar ab zollfrei werden, würden demnach generell mit einem Zoll von der Höhe der französischen Exportprämie belegt werden können, und dieser Zoll würde gegenüber England, Belgien u. s. w. ebenso gelten, wie gegenüber den beiden Staaten, welche Exportprämien gewähren, Frankreich und Oesterreich. Von einem bloß gegen Frankreich gerichteten Differentialzoll scheint man mit Rücksicht auf den Friedensvertrag, der Frankreich die Rechte der meistbegünstigten Nationen sichert, zurückgekommen zu sein. Das Schicksal der Vorlage im Reichstage ist, so hoffen wir nach der in demselben bis jetzt herrschenden Stimmung, bereits entschieden, ehe sie bei ihm eingebracht ist. Die Stimmungen im Reichstage über die

Frage der Beschickung der Pariser Welt- ausstellung scheinen sich mehr und mehr in der verneinenden Richtung zu bewegen. Schon die neulich von zwei Mitgliedern des Hauses berufene freie Versammlung hat dies gezeigt; jetzt hören wir aber auch, daß innerhalb der national-liberalen Fraction, welche sich vorgehern mit der Angelegenheit beschäftigte, sich kaum sporadisch Neigung für eine Theilnahme an einer im Jahr 1878 abzuhaltenden Weltausstellung zu erkennen gegeben hat. Theils die von den Kunstindustriellen, resp. Künstlern und Kunststernern geltend gemachten sachlichen Gründe, theils der Umstand, daß große Weltausstellungen überhaupt nicht von einer einzelnen Nation octroyirt, sondern nur nach vorhergegangener internationaler Verständigung veranstaltet werden dürfen (die Regierung der Vereinigten Staaten hatte mit den europäischen Regierungen über das Philadelphiaer Ausstellungsproject vorher wenigstens Fühlung gesucht) endlich die leider ziemlich nahe gerückte Eventualität eines russisch-türkischen Krieges, dessen Dauer und dessen Rückwirkung auf die Verhältnisse der europäischen Staaten im Voraus gar nicht zu berechnen ist, scheinen die Hauptmotive zu sein, um derenwegen man sich in der Mehrheit des Reichstages für die Beschickung zu dem anberaumten Termine nicht zu erwärmen vermag. Daß ein Beschluß, die Ausstellung nicht zu beschicken eine nachtheilige Wirkung auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ausüben könnte, ist um so weniger zu befürchten als Frankreich im Falle eines orientalischen Krieges ohnehin nicht im Stande sein würde, das Ausstellungsunternehmen im Jahre 1878 durchzuführen. Staaten wie Oesterreich und Italien würden sich unmöglich an demselben beteiligen können.

Die cisleithanische Regierung in Oesterreich hat bei dem Reichsrathe die Bewilligung von 700 000 Gulden für die Beschickung der Pariser Ausstellung beantragt. Der Budget-Ausschuß hat jedoch nach der „N. fr. Pr.“ die Bewilligung abgelehnt. Das Wiener Blatt schreibt: Dem Ausschusse war bekannt geworden, daß Deutschland Oesterreich von seiner Nichtbetheiligung an der Ausstellung in Kenntniß setzte und den Wunsch äußerte, daß Oesterreich gleichzeitig mit Deutschland eine Manifestation in diesem Sinne erlasse. Die österreichische Regierung dürfte nun der Weigerung des Abgeordnetenhauses keinen sonderlichen Widerstand entgegenzusetzen, da auch von anderen Staaten, so von der Schweiz, gleichfalls die Theilnahme abgelehnt wurde.

Ueber den gegenwärtigen Stand der orientalischen Frage meldet das österreichische offiziöse „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ Folgendes: „Bezüglich besonderer Reformen für die drei insurgirten türkischen Provinzen seien die Cabinete einig. Die augenblicklich noch zwischen Petersburg und London bestehenden Differenzen betreffen mehr die äußerliche Form als die Sache selbst. Während man in London den Schein gewahrt wissen wolle, als bliebe der Pariser Vertrag intact, wenn man auch mit einer factischen Verletzung des Art. 9 des Vertrages ebenso einverstanden wäre, wie seiner Zeit bei der Libanon-Frage wolle Rußland in dem event. Schlußprotocolle der Konferenz gerade scharfer in der Form als sachlich eine Aufhebung des Vertrages constatiren, indem man in Rußland dies als ein Art Satisfaction und Rehabilitation für die Mißerfolge des Krimkrieges betrachtet. Ebenso besteht auch bezüglich der Auffassung der Garantiefrage zwischen der englischen und russischen Regierung keine wesentliche Differenz. Nur die Frage wegen der Modalitäten der von der Porte zu gebenden Garantien könnte einen casus belli bilden. Rußland wolle eine sofortige Occupation, von welcher England nichts wissen wolle und noch weniger die Porte. Die aufgetauchten und bereits erörterten Vermittelungsvorschläge betreffen theils eine Verlagerung der Occupation für den Fall, daß die Türkei selbst die Macht und Autorität verliere, die vereinbarten Reformen in's Leben zu rufen, theils die Frage, welche der Großmächte die Occupation bewerkstelligen solle. Innerhalb dieser Vermittelungspunkte dürfte sich ein Punkt finden, bis zu welchem sich auch England mit einer eventuellen Occupation einverstanden erklären könnte.“

Aus Wien wird ferner der Berliner „Post- telegraph“: „Der Marquis von Salisbury hat hier das Anerbieten einer Allianz Oesterreichs mit England wiederholt. Salisbury unterstützte den Antrag mit dem Hinweis auf die angelegliche Versicherung des Fürsten Bismarck, Deutschland werde neutral bleiben. Oesterreichs Befehd ist noch unbekannt. — Die „Daily News“ warnten Salisbury, sich auf eine Allianz mit einem Staate wie Oesterreich einzulassen, und dieser wird sich schwerlich auf einen Krieg mit Rußland einlassen, bei der Haltung der Slaven das Kaiserreich schwer erschüttern würde.“

In der polnischen Emigration vollziehen sich, wie wir befürchten, Angesichts eines orientalischen Krieges, nach verschiedenen Richtungen gehende Bewegungen. In der Schweiz giebt es unter der Emigration zwei Fractionen, eine aristokratische (Graf Plater) und eine demokratisch-socialdemokratische. Fühlung mit der letzteren hielt die studierende Jugend. Jetzt wird nun das Streben bemerkbar, eine Einigung unter den Fractionen herbeizuführen, um ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Wahrscheinlich wird die Jahresfeier der Erhebung von 1830, welche in diesem Monat stattfindet, die Einigungsbestrebungen fördern. Von aristokratischer Seite wird betont, daß unter allen Umständen die Hauptsache die Befreiung Polens in's Auge gefaßt werden müsse, die Frage der Executive sei Sache des befreiten Volks selbst. Es wäre nicht unmöglich, wenn auf Grund dieses Standpunktes, der freilich noch nicht die Form eines definitiven Vorschlags angenommen hat, eine Verständigung erfolgt. Die Jahresfeier der Erhebung von 1830 findet in Zürich und Rapperswil statt; in Zürich wird sie von den Studirenden veranstaltet, in Rapperswil vom Grafen Plater. Die polnische Socialdemokratie hat es ihren Mitgliedern freigestellt, sich bei der einen oder anderen Festlichkeit zu betheiligen. — In Paris dagegen veröffentlicht Fürst Lubomirski gestern ein Schreiben, in dem er ausführt, daß die Polen von den aus-

wärtigen Mächten Nichts zu erwarten hätten. Weiter tadelt der Fürst die Bildung einer polnischen Legion in Constantinopel und rath seinen Mitbürgern, sich offen und loyal in die Arme Rußlands zu werfen, wenn sie nicht wollten, daß ihr Name gänzlich von der Oberfläche der Erde verschwinde.

Deutschland.

△ Berlin, 27. Novbr. Der preuß. Antrag an den Bundesrath, welcher die j. g. Retorsionszölle zum Gegenstande hat, beschäftigt heute lebhaft, die parlamentarischen Kreise. Man wußte, daß der Antrag von dem Pr. Finanzminister Camphausen und dem Handelsminister Dr. Schenbach unterzeichnet sei und noch im Laufe des heutigen und des morgenden Tages an den Bundesrath gelangen sollte. Der Antrag fordert nach den Informationen der Abgeordneten eine Ermächtigung der Reichsregierung für solche Artikel, bei denen fremde Staaten Exportprämien zahlen, während diese Artikel in Deutschland entweder zollfrei oder geringer verzollt eingehen, diesen Zoll der jenseits gewährten Exportprämie ganz generell gleich zu stellen, so daß es sich nicht etwa um eine Beschränkung der Einfuhr aus dem betreffenden Staate handeln würde. Hiernach also würden diejenigen Eisenwaaren, welche gesetzlich mit dem 1. Januar l. J. zollfrei werden, generell mit dem Zoll von der Höhe der französischen Exportprämie belegt werden können und gegen England und Belgien würde dieselbe Maßregel in Anwendung kommen, wie gegen Frankreich und Oesterreich, welche Exportprämien gewähren. In Abgeordnetenkreisen sieht man in solchen Maßnahmen keinen Ausgleich für ein Uebergangs-Stubium, sondern eine theilweise Wieder- einföhrung der mit dem künftigen Jahre fortfallenden Eisenzölle. Auch die Schutzzöllner halten den Vorschlag nicht für ausreichend, um sie über den Verlust der Eisenzölle zu trösten und so ist denn unshwer abzusehen, daß die Vorlage nicht die Mehrheit im Reichstage finden wird. Jedenfalls kommt die Zollfrage aber mit diesen Dingen lebhaft in Fluß. Die Schutzzöllner sind entschlossen, den einfachen Antrag auf Verlängerung der Eisenzölle über den 1. Januar 1877 hinaus als Amendement einzubringen und zur Debatte zu stellen. Ueberraszend sollen in der Petitions-Commission die Verhandlungen über die Eisenzoll-Petition beginnen, nachdem der Regierungen-Commission, der königl. württembergische Finanzrath Huber, der Commission gemeldet hat, daß er vom 28. d. M. ab in der Lage sein werde, über die Stellung der Regierung bestimmte Erklärungen abzugeben. Das Referat in der Commission ist den Abgg. Berger und Richter (Weizen) übertragen; einen Referenten für das Alenum hat man noch nicht ernannt.

Posen, 27. Novbr. Der Geistliche Dr. Kantack, Redacteur des „Kuryer Poznanski“, war schon mehrfach vor den Untersuchungsrichter geladen worden, um über die Verfasserschaft eines Artikels über die bekannte Verfügung der Bromberger Oberpostdirection betreffend das Facsimile Ledochowski's Zeugniß abzulegen, hatte jedoch jedesmal das Zeugniß verweigert und war bereits zweimal mit Geldstrafe belegt worden. In dem heute anberaumten Termine lehnte er, wie der „Kuryer Poznanski“ meldet, wiederum das Zeugniß ab und wurde sofort in Haft genommen. Diese Anwendung des Zeugniszwanges bemerkt die „P. Z.“, wird um so mehr peinlich aufzufassen machen, als die Maßregel des Staatsanwalts und der Oberpostdirection, um Briefe des Cardinals Ledochowski zu ermitteln, nirgends Billigung findet, weil man darin eine zu weite Ausdehnung der Ausnahme vom Postgeheimniß erblickt.

Dresden, 27. November. Die Kaiserin Augusta trifft, wie das „Dresdner Journal“ meldet, morgen Nachmittag zu einem Besuche am hiesigen königlichen Hofe ein und reist Abends 6 1/2 Uhr nach Berlin weiter.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. November. Bezüglich der Einbringung der Eisenbahnvorlagen im Reichstage schreibt die „Montagsrevue“, daß, obwohl der Handelsminister bereits im Besitz der betreffenden kaiserlichen Entschliessungen ist, die Vorlagen dem Reichsrathe doch nicht eher zugehen werden, bis eine Klärung der parlamentarischen Situation eingetreten und eine rasche und sorgfältige Berathung der Vorlagen ermöglicht ist. Wie dasselbe Blatt weiter vermerkt, würde die Regierung noch in dieser Session dem Reichsrathe eine Vorlage zugehen lassen, in welcher durch Abänderung des bezüglichen Gesetzes den Besitzern von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen, unbeschadet der Rechte der Actionäre und ihrer Generalversammlung, eine beratende Stimmung in den Geschäften des Curators eingeräumt wird. (W. T.)

Der zum zweiten Delegirten Oesterreich-Ungarns bei der Konstantinopeler Conferenz ernannte Hr. v. Galice, z. Z. diplomatischer Agent und Generalconsul in Bukarest, ist heute nach Constantinopel abgereist, der türkische Votschafter in Berlin, Ehdem Pascha, hat bereits gestern seine Reise von hier nach Constantinopel fortgesetzt. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 23. Novbr. Die vom Bundesrath eingesetzte Commission für Reconstruction des Gotthardbahn-Unternehmens hat ihre Berathungen beendet. Die Herstellung einer durchaus einspurigen Berglinie wurde verworfen, vielmehr sollen alle Strecken, deren spätere Verbreiterung mit allzugroßen Kosten verbunden wäre, sofort mit zweispuriger Unterbau angelegt, jedoch einsteilen nur mit einem Geleise versehen werden. Eben so beschloß man, von der Anwendung aller Specialsysteme, mögen sie heißen, wie sie wollen, wie System Fell, Agudio u. s. w. abzusehen. Wird nun das ganze Gotthardbahnnetz nach dem im internationalen Verträge vorgesehenen Project ausgeführt werden, so ist das von Herrn Ober-Ingenieur Hellweg berechnete Deficit von 102 000 000 Frs. auf 71 829 000 Frs. vermindert, und mit Weglassung der Linien Zug-Arth und Luzern-Immensee auf 59 454 000 Frs. Was die auf der Südseite des Gotthard liegenden Linien Bellinzona-Lugano und Cadanazzo-Pino betrifft, beschloß man, da hierüber zunächst Italien zu bestimmen hat, noch nichts Entgiltiges. Der Entschluß, ob statt der Linie Luzern-Ätlenen eine Tract-Dampfschiffahrt auf dem Bierwaldstätter-

Offene Lehrerstelle.

An unserer Realschule 1. Ordnung zu St. Petri, ist eine ordentliche Lehrerstelle mit einem jährlichen Gehalt nach der Anciennität richtenden Gehalte von 2100 resp. 2400 M. (incl. Miethschädigung), von Ostern k. J. ab, zu besetzen. Qualifizierte Bewerber, welche die volle Facultät in der Mathematik besitzen, wollen uns baldigst ihre Meldungen nebst Zeugnissen über ihre bisherige lehrämtliche Thätigkeit einreichen. Danzig, den 22. Novbr. 1876.

Der Magistrat.

Concurs-Gröffnung.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (5437)
Bätow, den 27. November 1876,
Vormittags 11½ Uhr.

Ueber das Vermögen des Gastwirths **Carl Krebs** zu Rummelsburg ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 27. Mai 1876 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Rudolf Bade** in Rummelsburg bestellt.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche an ihn etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum **10. Januar 1877** einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von **220 Kbm. Steinen** und **60 Kbm. Kies**

für die Chausséestrecke zwischen Dirschau und Marienburg pro 1877 soll im Wege der Submission vergeben werden.

Es steht hierzu ein Termin auf **Mittwoch, den 6. December c.,** Vormittags 10 Uhr,

im Bureau des Unterzeichneten an, und können die Lieferungs-Bedingungen daselbst eingesehen werden.

Marienburg, den 23. November 1876.
Königl. Wasser-Bauinspector.

J. B.: **Böttger.** (5338)

Englisch-, französischer u. italienischer Unterricht wird, mit besonderer Rücksicht auf Conversation und Correspondenz, erteilt. Heil. Geistgass: 56, 3. Etage. Sprechst. von 1-3 Uhr Nachmittags.

M. Frankenstein, (Kattowitz) (Oberlehrer) (8087)
In nur vorzüglicher Qualität empfehle
Figuren-, Wand- und Thee-
Marzipane
zu den billigsten Preisen.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Paul Liebert, Milchmannengasse 14.

City-Hôtel, Berlin,

neu, elegant und confortabel eingerichtet, 200 Zimmer in 1. und 2. Etage von **2-5 Mkr. incl. Licht und Bedienung.**
Speise-, Les- und Billard-Salons. Glänzende Festsäle für 500 Personen zu Diners, Hochzeiten u. Bade-Anstalt. (4291)

Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.
Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Milch-Zeitung.

Organ für das gesammte Molkereiwesen einschließlich Viehhaltung.

Begründet von **Benno Martiny.**
Unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von **C. Petersen.**

Wöchentlich eine Nummer in gr. 4°. Quartalspreis 3 Mark 75 Pf.

Die Milch-Zeitung hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Molkereiwesen und der Viehzucht ausschließlich zu dienen. Von der gesammten deutschen Presse anerkannt und von dem in Bremen gegründeten milchwirtschaftlichen Verein zu dessen Organ erwählt, empfiehlt sich die „Milch-Zeitung“ allen für das Molkereiwesen Interesse hegenden als Rathgeber und Führer. — Die Verbreitung der Milch-Zeitung über alle Länder des Continents sichert Inseraten (pro gespaltene Petitzeile 30 Pf.) den besten Erfolg.

Alte Eisenbahn-schienen

5" im Profil, fehlerfrei, in beliebigen Längen, offerirt franco Baustelle billigst
W. D. Löschmann. (1630)

In nur vorzüglicher Qualität empfehle
Figuren-, Wand- und Thee-
Marzipane
zu den billigsten Preisen.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Paul Liebert, Milchmannengasse 14.

National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft,
Eingetragene Genossenschaft,
zu Stettin.

Obige Gesellschaft gewährt kündbare und unkündbare Darlehne auf ländliche und städtische Grundstücke unter sehr günstigen Bedingungen.
Nähere Auskunft wird ertheilt durch

Otto Jorok,
Jopengasse 12.

2055)

Zur bevorstehenden Weihnachtszeit empfehlen wiederum zur Verzierung der Christbäume Folgendes:

- 1) **Gold- und Silber-Nüsse** mit Dehren No. 1. 2. 3.
1 Dbd. in Schachtel 25 Z, 30 Z, 35 Z.
- 2) **bunte und Spiegelperlen** 100 St. zu 45 Z, 60 Z, 80 Z, M. 1. 05 Z.
- 3) **Glasfrüchte** in Natur bemalt, Aepfel, Birnen, Kirichen, Stachelbeeren u. c. c., 1 Dbd. in Schachtel verpackt zu 75 Z, desgl. in ff. Versiegelung 75 Z.

Die kleinsten Aufträge werden gegen vorherige Cassa-Einfendung oder Nachnahme mit 2½ % Rabatt effectuirt.
Fagelschieb bei Coburg.

5432)

Julius Müller & Comp.,
Glaspielwaaren- und Fischperlenfabrik.

Altes Messing, Kupfer, Zink, Blei und Zinn
kauft zum höchsten Preise
die **Metall-Schmelze** von **S. A. Hoch,**
Johannisgasse 29. (8506)

1000 gebrauchte, gut erhaltene
3 Schfl. Drillich-Getreidesäcke
sind billig zu verkaufen Hundegasse No. 33, parterre. (5370)

Ein Gasthaus

nebst 4 Morgen Land, in einem großen Kirch-dorfe dicht neben der Kirche, an der Marien-werder-Dt. Splaner Chaussee gelegen, soll für den Preis von 4500 M. bei 2000 M. auch weniger Anzahlung verkauft werden.
Offerten u. No. 5326 i. d. Exp. d. Z. erb.

Ein starkes vollständig completes Druckwerk.

mit neuen Gauskschlüchen, namentlich zum Gebrauch auf dem Lande geeignet, ist umstände halber, Langgarten St. Barbara-Kirchhof, bei **Wiedemann,** bill. zu verk. Das. sind auch große Wasserkrüven zu verk.

Eine Gastwirthschaft

mit sehr gutem Erfolg ist zu verkaufen mit 3000 R. Anzahlung. Von wem? sagt die Exp. d. Ztg. unter 5415.

Ein junger Landwirth,

der bereits 2½ Jahr in größeren Wirth-schaften thätig gewesen ist und hierüber gute Zeugnisse aufzuweisen hat, auch militär-frei ist, sucht zum 1. Januar eine **zweite Inspectorstelle,** oder unter Leitung des Prinzipals. (5358)

Adressen werden an Herr Gutsbesitzer **Kessner,** Polchan bei Rheda erbeten.

Ein anständ. Mädchen in häuslichen und Handarbeiten erfahren, sucht Stellung. Näheres Sandgrube 44, 1 Tr., Hlats.

Verantwortlicher Redacteur **H. Ködner.**
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.

Schwedische Jagd-Stiefelschmiere
macht jedes Leder weich, geschmeidig und vollkommen wasserdicht.
Albert Neumann,
Langenmarkt 3. (1757)

Kiefernholz,
trocken und direct aus dem Walde, offerire billigst (101)
Wilh. Wehl,
Brobbänkengasse 12.

Frühe inländische
Rübkuchen
offeriren
Richd. Dühren & Co.,
Danzig, Milchmannengasse 6.

Eine gut erhaltene
Herren-Anker-Uhr,
von massivem Golde, im Preise von 120 M. und darüber wird gekauft. G. f. Adressen mit Angabe der Forderung werden unter 5434 in der Exp. d. Ztg. erbeten
Alte Danziger u. Brünzen zu ver-
kaufen Nähm 1, 3 Tr., 1-3 Uhr.